

A4 Die Presse bleibt frei: Gegen eine Beschneidung der öffentlich-rechtlichen Programmvielfalt

Antragsteller*in: Johannes J. A. West

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Mit brennender Sorge und steigendem Befremden betrachten wir die gegenwärtige
2 Debatte um eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland im
3 Rahmen der anstehenden Überarbeitung des Rundfunkstaatsvertrages.

4 Zur Recherche für diesen Antrag wurden unter Anderem auch die Online-Angebote
5 von ZDF heute und der Tagesschau herangezogen. In Zukunft könnte dies nicht mehr
6 so unkompliziert möglich sein, denn die in den Reformplänen vorgesehene
7 Verschärfung des Presseähnlichkeitsbegriffes könnte zur Folge haben, dass auf
8 den Online-Kanälen der Öffentlich-Rechtlichen nur noch solche Textformate
9 veröffentlicht werden dürfen, über deren Inhalt zuvor in einem Sendungsformat
10 berichtet wurde, also beispielsweise einem Fernseh-, oder Radioprogramm. Da auf
11 den Websites bislang über weitaus mehr Themen berichtet wird, als im linearen
12 Rundfunk, könnte dies eine drastische Beschneidung der inhaltlichen Vielfalt
13 bedeuten.

14 Für Informationen zur Landespolitik stützt auch unser Landesvorstand sich in
15 seiner Arbeit insbesondere auf vier Quellen - drei Regionalzeitungen und eben
16 den Mitteldeutschen Rundfunk, beziehungsweise seine Redaktionen in Sachsen-
17 Anhalt.

18 Damit dürfte deutlich werden, dass die Informations- und Medienvielfalt in
19 Sachsen-Anhalt bereits zum jetzigen Zeitpunkt nicht die größte ist - die beiden
20 reichweitenstärksten Regionalzeitungen in Sachsen-Anhalt, die MZ und die
21 Magdeburger "Volksstimme", gehören zudem dem gleichen Verlagshaus an und
22 veröffentlichen, oft nur geringfügig zeitlich versetzt, dementsprechend ähnliche
23 oder sogar identische Inhalte. Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist
24 für die Meinungsvielfalt gerade in einem Bundesland wie Sachsen-Anhalt somit
25 unerlässlich; ganz besonders aber für die politische Bildung und
26 Demokratieerziehung junger und im Allgemeinen finanzschwächerer Menschen, denn
27 im Gegensatz zu den meisten privaten Anbietern sind die Angebote des MDR durch
28 die öffentliche Finanzierung vollumfänglich ohne Abonnement oder Werbung
29 zugänglich.

30 Dementsprechend mit Entsetzen füllt es uns, wenn wir beobachten müssen, dass es
31 Reiner Haseloff ist, der sich federführend gegen die längst überfällige Anhebung
32 des Rundfunkbeitrages sperrt und damit droht, die erforderliche Zustimmung durch
33 das Landesparlament zu verweigern. Wie am 06. November der Berichterstattung der
34 Magdeburger "Volksstimme" zu entnehmen war, plant der MDR selbst im Falle einer
35 Zustimmung zur Beitragserhöhung von 2025 bis 2028 bereits mit Einsparungen in
36 Höhe von 160 Millionen Euro. Eine Verweigerung der Zustimmung würde zusätzliche
37 80 Millionen Euro fehlender Mittel bedeuten. Obgleich es berechtigte Kritik an
38 der Priorisierung gibt, die der MDR in seinen Sparplänen vornimmt, insbesondere
39 dem Stellenabbau in den investigativen Formaten bei gleichzeitiger Fortführung
40 von Millionen-Zahlungen an die Führungsetage, gilt es zunächst, einen
41 kaskadenartigen Verfall der Programmqualität zu verhindern. Dafür muss Sachsen-
42 Anhalt einer Anhebung des Rundfunkbeitrages auf 18,94 Euro zwingend zustimmen.

43 Auch wir erkennen an, dass es Reformbedarf im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
44 gibt. Die Transparenz über die Verwendung von Beitragsmitteln muss erhöht, die
45 Verträge mit Spitzenpersonal müssen neu ausgehandelt, das Online-Angebot
46 angesichts der sinkenden Bedeutung linearer Fernseh- und Radioprogramme gestärkt
47 und die Akzeptanz gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch
48 neue, diverse Programme in den sozialen Medien erhöht werden.

49 Dies wird jedoch nicht möglich sein, wenn die gegenwärtigen Reformpläne zugleich
50 einen negativen Eingriff in die Online-Angebote und potentiell eine
51 grundsätzliche Beschneidung der programmatischen Vielfalt bedeuten könnten.

52 Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt wendet sich daher entschieden gegen eine
53 Verschärfung des Presseähnlichkeitsbegriffes im Rundfunkstaatsvertrag, wenn
54 dieser eine Verschlechterung des gerade für junge Menschen essentiellen Online-
55 Angebotes der Öffentlich-Rechtlichen zur Folge haben könnte. Wir verurteilen die
56 Blockadehaltung von Reiner Haseloff bei der essentiellen und überfälligen
57 Beitragserhöhung und fordern die im Landtag vertretenen, demokratischen
58 Fraktionen auf, dieser zuzustimmen.

59 Im Weiteren fordern wir die schnellstmögliche Klärung der Frage, ob und falls
60 ja, in welchem Umfang die Reformpläne zu einem zusätzlichen Stellenabbau bei den
61 Öffentlich-Rechtlichen führen könnten, wie stark außerdem der MDR Sachsen-Anhalt
62 von einem solchen betroffen wäre.

63 Jegliche Maßnahmen, die zu einer Beschneidung der programmatischen, insbesondere
64 aber auch regionalen Vielfalt führen und die Meinungsvielfalt in der
65 Medienlandschaft Sachsen-Anhalts weiter verringern könnten, lehnen wir
66 entschieden ab.

67 Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt steht an der Seite moderner, diverser und
68 zukunftsfähiger öffentlich-rechtlicher Programme, mit transparenten,
69 entschlackten Verwaltungsstrukturen und einem starken Online-Angebot, das junge
70 Menschen gezielt abholen kann!

Begründung

Erfolgt mündlich.